#ERNÄHRUNGS-
WENDE
ANPACKEN!

Position für eine integrierte Ernährungspolitik

17 März 2025

Die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft stehen aufgrund der multiplen Krisen vor großen Herausforderungen und müssen Konzepte entwickeln, wie sie in Zukunft nachhaltig produzieren. Die Politik kann und muss diesen Prozess begleiten, um das Ernährungssystem und die Versorgungsstrukturen zukunftsfest zu gestalten. Dabei muss ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Herausforderungen ebenso wie den sich wandelnden Ernährungsgewohnheiten Rechnung getragen werden.

Während sich der Zeithorizont für effektive Lösungen zunehmend schließt, sind die Anforderungen und Zielsetzungen für die Anpassungsmaßnahmen grundlegend sektor- und gesellschaftsübergreifend geeint: Von den Bürgerrat-Empfehlungen über die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft bis zu einer Reihe von wissenschaftlichen Gutachten stehen die Kosten des aktuellen Systems sowie die Notwendigkeit und Richtung der Transformation außer Frage.

Zudem ist klar, eine zukunftsfeste Ernährungspolitik muss den Alltag der Verbraucher:innen in den Blick nehmen. Dazu gehören die Kennzeichnung, Verfügbarkeit und Aufmachung von Lebensmitteln ebenso wie ihre Bewerbung, Zusammensetzung und die Preise der Produkte. Wir brauchen eine aktive, faire und verbraucherfreundliche Gestaltung der Ernährungsumgebungen. Die gesunde und nachhaltige Wahl muss zur einfachen Wahl werden, ohne dass die bereits verursachten Schäden des Systems und Kosten der notwendigen Transformation vom Lebensmittelsektor auf die Verbraucher:innen, Produzent:innen und das Lebensmittelhandwerk verschoben werden.

Aus diesem Grund fordert das Bündnis #ErnährungswendeAnpacken die demokratischen Parteien und die künftige Bundesregierung dazu auf, die auf den Weg gebrachte integrierte Ernährungspolitik fortzuführen und als zentrales Politikfeld kohärent, wirksam und ressortübergreifend zu gestalten und die dafür nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Unsere Forderungen:

1. **Zukunftsfeste und resiliente Landwirtschaft stärken für mehr saisonales, regionales Obst, Gemüse und den Anbau von pflanzlichen Proteinquellen**

   Pflanzliche Lebensmittel sind ein zentraler Bestandteil in einer zukunftsfesten Landwirtschaft und erzeugen diverse ökonomische Co-Benefits. Der Selbstversorgungsgrad mit Obst, Gemüse und pflanzlichen Proteinquellen muss in Deutschland erhöht werden. Sie senken die Krankheitslast der Bevölkerung und damit verbundene Belastungen für das Gesundheitssystem und die Wirtschaft erheblich.[1] Gleichzeitig bedeutet eine stärkere Förderung pflanzlicher Lebensmittel neue Geschäftsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote für Landwirt:innen.

   Wir fordern eine Priorisierung und Förderung von kurzen Lieferwegen, regionalen Verarbeitungs- und dezentralen Verteilungsstrukturen, um klimafreundliche und resiliente Ernährungssysteme zu schaffen.

   Aus diesem Grund befürworten wir eine schnelle Fertigstellung und Umsetzung der angekündigten Proteinstrategie. Wir erwarten, dass diese den Anbau und die Vermarktung von heimischem Obst, Gemüse, Hülsenfrüchten und Nüssen durch kohärente angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen fördert und hinderliche verwaltungsrechtliche Hürden abbaut. Für eine Stärkung des auf pflanzliche Lebensmittel fokussierten Ernährungssystems müssen Angebote in der Aus- und Fortbildung im Anbau ausreichend gefördert werden.

   Gleichzeitig müssen Schritte unternommen werden, um die Nutztierzahlen und den Konsum tierischer Produkte in Deutschland deutlich zu reduzieren. Politische Maßnahmen sollten Qualität fördern, nicht Quantität. Dazu zählen unter anderem die Herkunftskennzeichnung und die Umsetzung einer verbindlichen Kennzeichnung aller Tierhaltungsformen.

2. **Definition von Grundnahrungsmittel und Lebensmittelbesteuerung auf den Prüfstand stellen**

   Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) beschreibt in ihren nationalen Verzehrempfehlungen[2] auf wissenschaftlicher Basis eine Ernährung, die sowohl gesund als auch klimafreundlicher ist. Es bedarf einer neuen gesetzlichen Einordnung und Definition der Grundnahrungsmittel im Sinne der Empfehlungen der DGE und des Bürgerrates,[3] sowie einer zielführenden Neuausrichtung der Lebensmittelbesteuerung.

---

[1] Plass, D., et al. (2014). Trends in Disease Burden in Germany. https://di.aerzteblatt.de/int/archive/article/161722

[2] Gut essen und trinken – Der DGE-Ernährungskreis https://www.dge.de/gesunde-ernaehrung/gut-essen-und-trinken/dge-ernaehrungskreis/

[3] Empfehlungen an den Deutschen Bundestag des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ Berlin, vom 14. Januar 2024 https://www.bundestag.de/resource/blob/984354/39efba25c218ee935e26f786abbce81c/Empfehlungen_buergerrat.pdf

Derzeit sind nachhaltige oder fair gehandelte Produkte sowie solche mit hohen Tierschutzstandards weitaus teurer, obwohl sie aus gesamtgesellschaftlicher Sicht zu bevorzugen sind.

Der Bürgerrat betont, dass die Definition der Grundnahrungsmittel insbesondere gesunde und auch pflanzenbasierte, klimafreundliche und nach Bio-Standard erzeugte Lebensmittel einschließen soll. Er empfiehlt pflanzliche Lebensmittel, wie Obst und Gemüse (Bio, unverarbeitet, tiefgefroren, bis Handelsklasse 2) von der Mehrwertsteuer zu befreien oder alternativ pflanzenbasierte Alternativen den tierischen Produkten zumindest gleichzustellen. Zucker hingegen sollte nicht in die Kategorie der Grundnahrungsmittel gehören.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Empfehlungen des Bürgerrates zu folgen. Mit der 2022 reformierten EU-Mehrwertsteuerrichtlinie ist der Rahmen dafür geschaffen. Lenkende Steuern können sich positiv auf das gesamte Ernährungssystem auswirken, indem Unternehmen angeregt werden, ihre Produkte gesundheitsförderlich zu (re-)formulieren und die Verbraucher:innen bei der Wahl einer gesunden und klimaschonenden Ernährung entlastet werden.

3. Das Recht auf angemessene Nahrung in die Umsetzung bringen

Eine integrierte Ernährungspolitik ist Teil der Daseinsvorsorge und muss eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Ernährung für alle ermöglichen. Für viele ist gesundes Essen einfach zu teuer. Die Bemessung der Regelsätze für eine vollwertige Ernährung ist aktuell unzureichend. Nach Angaben von "Save the Children" ist in der Bundesrepublik jedes 5. Kind von Armut betroffen.[4] Damit insbesondere einkommensschwache Bevölkerungsgruppen unterstützt werden, muss die Höhe der Sozialleistungen entsprechend angepasst und die soziale Abfederung neuer Maßnahmen von Anfang an mitgedacht werden.

Zu einer sozial gerechten Ernährungspolitik gehört auch, dass faire Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung in allen Berufen entlang der gesamten Wertschöpfungskette gewährleistet werden. Dafür muss auch das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz im Zuge der Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie ausgebaut und auf die gesamte Lieferkette ausgeweitet werden. Ebenso wichtig ist die Einrichtung einer Preisbeobachtungsstelle entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette – also von der Erzeugung bis zum Verkauf – mit entsprechenden Kompetenzen auch Beschwerden nachzugehen. Zudem sollte der gesetzliche Standard eine Vertragspflicht unter Berücksichtigung kostendeckender Preise auf jeder Stufe der Lebensmittelkette umschließen.

[4] Kinderarmut in Deutschland https://www.savethechildren.de/informieren/themen/kinderarmut-in-deutschland/

4. Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas, Pflege und Krankenhäusern sowie Betriebskantinen verbessern

Öffentliche Einrichtungen haben das Potenzial, Vorreiterinnen für eine nachhaltige und gesunde Ernährung und bei der Schaffung von Märkten für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu sein. Dafür muss die Umsetzung der Qualitätsstandards der DGE in Kitas, Schulen, Pflegeheimen, Krankenhäusern und Betriebskantinen bis 2030 flächendeckend eingeführt werden. Außerdem müssen die sukzessive Erhöhung des Anteils an Bioprodukten (50 Prozent bis 2030) sowie verpflichtende Maßnahmen zur Messung und Vermeidung von Lebensmittelabfällen umgesetzt werden.

Eine beitragsfreie und qualitativ hochwertige Kita- und Schulverpflegung muss zum bundesweiten Standard werden. Gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen bedeuten auch, dass kein Kind mit leerem Magen lernen muss. Dies entspricht der zentralen Forderung des Bürgerrates Ernährung im Wandel. Das Gremium empfiehlt, dass der Bund dies mindestens zur Hälfte finanziert. Zudem muss durch eine Reform des Bildungs- und Teilhabepakets sichergestellt werden, dass tatsächlich alle bereits jetzt berechtigten Kinder aus einkommensschwachen Haushalten Zugang zu kostenfreier Mittagsverpflegung bekommen.

5. Gesunde Ernährungsumgebungen für Verbraucher:innen aktiv gestalten und Orientierung geben

Die Lebensmittelwirtschaft und der Lebensmitteleinzelhandel prägen Konsumlandschaften und üben durch Werbung, Lebensmittelkennzeichnung, Verfügbarkeit und Produktplatzierung Einfluss auf Konsumentscheidungen aus. Nur durch entsprechende Rahmenvorgaben können faire Marktbedingungen geschaffen und Fehlentwicklungen für Erzeuger:innen und Verbraucher:innen unterbunden werden.

Nicht zuletzt die Verbraucher:innen selbst signalisieren, dass sie sich höhere Standards in der Produktion ihrer Lebensmittel und ein gesünderes Angebot wünschen. So befürworten beispielsweise mehr als 85 Prozent der Befragten im Ernährungsreport 2024 des BMEL, wenn Fertiglebensmitteln weniger Zucker zugesetzt wird. Ebenso wünschen sie sich mehrheitlich mehr Regionalität, Tierschutz und Qualität der Produkte.[5] Die Reduktionsstrategie des BMEL mit ihren freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft hat bislang nur unzureichend zur Reduktion von Zucker, Fett oder Salz geführt. Für weitreichende Veränderungen muss sich die Bundesregierung für verbindliche Reduktionsziele einsetzen.

Vor allem Kinder und Jugendliche werden gezielt durch Werbung für Lebensmittel, die viel Zucker, Fett oder Salz enthalten, in ihrem Ess- und Kaufverhalten beeinflusst. Dies führt bereits in jungen Jahren zu gesundheitsschädlichen Ernährungsvorlieben, die das gesamte spätere Leben prägen können. Trotz freiwilliger Selbstverpflichtung der Wirtschaft findet diese Form der Werbung in Deutschland weiterhin statt. Länder wie beispielsweise Großbritannien, Schweden und Belgien zeigen, wie durch entsprechende

[5] Deutschland, wie es isst: Der BMEL-Ernährungsreport 2024 https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/ernaehrungsreport-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Regelungen Kinder vor Werbung für ungesunde Lebensmittel geschützt und gesunde Lebensmittel in den Fokus gerückt werden können.

Außerdem gilt es die Verfügbarkeit und Sichtbarkeit von gesunden, nachhaltigen Nahrungsmitteln in der Außer-Haus-Verpflegung und im Lebensmitteleinzelhandel zu stärken. Hierzu können Labels und Qualitätskennzeichnungen einen Beitrag leisten. Wir empfehlen, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene im Rahmen der Verhandlungen zur Green Claims Directive (EU-Richtlinie gegen Greenwashing) für ambitionierte Mindeststandards in der Kennzeichnung von Nachhaltigkeitskriterien einsetzt. Dies bietet Verbraucher:innen im Siegel-Dschungel mehr Orientierung.

Damit auch der etablierte Nutri-Score beim Lebensmitteleinkauf für mehr Orientierung sorgt, muss er zukünftig auf allen verarbeiteten Lebensmitteln zu finden sein. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine verpflichtende Regelung auf europäischer Ebene einzusetzen.

6. Bilanzierung der Auswirkungen unserer Ernährungsgewohnheiten in Deutschland auf Umwelt, Gesundheit und Sozialverträglichkeit

Eine Ernährungswende kann nur gelingen, wenn sie einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung hat. Vor diesem Hintergrund fordern wir ein nachvollziehbares und transparentes Monitoring der Sozialverträglichkeit und der Auswirkungen der Ernährungsgewohnheiten in Deutschland auf die Umwelt und die Gesundheit, inklusive der damit einhergehenden Kosten. Auf dieser Grundlage könnte auch eine zukünftige Besteuerung der Lebensmittel aufbauen.

Liste mitzeichnender Organisationen:

1. Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG)
2. Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin e.V. (DGEM)
3. Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV)
4. Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
5. Gütegemeinschaft Ernährungs-Kompetenz e.V.
6. Institute für Welternährung e.V. (IWE)
7. MENSArevolution
8. Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)
9. Netzwerk der Ernährungsräte e.V.
10. Physicians Association for Nutrition (PAN)
11. Slow Food Deutschland e.V.
12. Verband der Diätassistenten Deutscher Bundesverband e.V. (VDD)
13. Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)

KLUG
Deutsche Allianz
Klimawandel und Gesundheit

DNSV
Deutsches Netzwerk
Schulverpflegung e.V.

DGEM
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR
ERNÄHRUNGSMEDIZIN E.V.

Deutsche Umwelthilfe

ERNÄHRUNGS
DEMOKRATIE
JETZT! »
NETZWERK DER
ERNÄHRUNGSRÄTE

GEK e.V.
Gütegemeinschaft
Ernährungs-Kompetenz

WORLD
FOOD
INSTITUTE E.V.
INSTITUT
FÜR
WELTERNÄHRUNG
IWE

MENSArevolution

NABU

PAN
Physicians
Association
for Nutrition
DACH

Slow Food®
Deutschland

VDD
Verband der
Diätassistenten
Deutscher Bundesverband e.V.

verbraucherzentrale
Bundesverband